

dem Menschen nützlichen politischen Rechte und Freiheiten garantieren. Soziale Gleichheit und Gerechtigkeit, Freiheit vor Ausbeutung sind Voraussetzungen für politische Gleichheit und Freiheit. Nur dort, wo jeder die Möglichkeit hat, mit beiden Beinen fest im Arbeitsleben zu stehen, seine Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse zu erweitern, wo jeder sozial gesichert ist, stehen politische Grund- und Freiheitsrechte nicht nur auf dem Papier. Doch dies kann der Imperialismus nicht verwirklichen. Das Recht auf politische Mitbestimmung vor allem auch über Lebensfragen ist nirgendwo tat-

Frontaler und brutaler Angriff auf die Gewerkschaften

Das Recht auf freie gewerkschaftliche Betätigung wird in den imperialistischen Staaten durch eine Vielzahl von Maßnahmen eingeschränkt. In den USA werden die Gewerkschaften dahingehend staatlich reglementiert, dem Arbeitsministerium über ihre Statuten und Beschlüsse, über die Höhe der Mitgliedsbeiträge, alle größeren Finanzoperationen sowie über ihre leitenden Funktionäre Bericht zu erstatten. Verboten sind alle politischen und Solidaritätsstreiks sowie alle spontanen Kampfkationen.

In Großbritannien hat die Regierung in den letzten Jahren mehrere einschneidende gewerkschaftsfeindliche Gesetze beschlossen, durch die die Kampfkraft der Interessenvertretung der Arbeiterklasse erheblich geschwächt wurde. So ist es den Gewerkschaften verboten, ihre Bestrebungen fortzusetzen, alle Beschäftigten eines Betriebes in einer Gewerkschaft zu organisieren.

In der BRD sind Monopole und Staat drauf und dran, in einer „konzertierten Aktion“ das Recht der Gewerkschaften, sich mit Streiks gegen Ausbeutung und Unternehmerwillkür zu wehren, weiter beträchtlich zu untermi-

nieren und einen Teil der Arbeiterklasse gegen den anderen auszuspielen. Das Recht auf freien Austausch von Gedanken und Meinungen sowie auf menschliche Würde wird durch die immer perfektere Praxis des Überwachungsstaates mißachtet. Der „gläserne Mensch“ ist längst ein geflügeltes Wort. Die Rechtssicherheit ist immer neuen Angriffen ausgesetzt, in dem - selbst nach westlichen Urteilen - in vielen kapitalistischen Ländern im allgemeinen viel zu schnell verhaftet und viel zu schnell geschossen wird. Das Recht auf Weltanschauung und Schutz vor Diskriminierung wird beispielsweise in der BRD durch die Berufsverbotspraxis und eine staatlich stimulierte gesellschaftliche Ausländerfeindlichkeit sowie in vielen anderen imperialistischen Ländern durch eine Vielzahl rassistischer Praktiken gebrochen. So werden die in der BRD weilenden Ausländer (wie'Menschen) zweiter Klasse behandelt. Ihr Recht ist es, den Monopolen günstig Profite zu erwirtschaften. Ansonsten gelten sie wie „Ausatz“ der Gesellschaft. Die Beschränktheit bürgerlicher Demokratie und die neokolonialistische Politik imperialistischer Mächte verletzen nicht zuletzt

auch das Menschenrecht auf Selbstbestimmung. Wie kann von Selbstbestimmung die Rede sein, wenn die Entwicklungsländer, die gegenwärtig mit 970 Milliarden Dollar verschuldet sind, in eine immer unerträglichere Schuldknechtschaft gezwungen werden, wenn die USA und andere imperialistische Länder die Völker mit Waffengewalt in die Knie zwingen wollen, die sich von reaktionärer Vergangenheit, von Unterdrückung und Terror, von geistigem Mittelalter befreit haben oder erst befreien wollen. Der nicht erklärte Krieg der USA gegen Nikaragua und Afghanistan, gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker dieser Länder entlarvt die abgrundtiefe Verlogenheit besonders der US-amerikanischen Menschenrechtspropaganda.

Die sozialistischen Staaten sehen es als einen wichtigen Auftrag an, dafür zu sorgen, daß die Menschenrechte weltweit anerkannt und durchgesetzt werden. So initiierte die DDR erst im Dezember 1985 in der UNO-Vollversammlung eine Resolution zur Unteilbarkeit der Menschenrechte, die von der überwältigenden Mehrheit der Staaten angenommen wurde. Große Mehrheit fand auch ein Antrag der Sowjetunion, die Verletzung der Menschenrechte in Chile, El Salvador und Guatemala zu verurteilen. Anders sieht es mit dem Abstimmungsverhalten der imperialistischen Länder, vor allem der USA aus. Bei den in der jüngsten UNO-Vollversammlung erfolgten 15 Abstimmungen über Menschenrechtsfragen stimmten die USA zehnmal dagegen, davon neunmal allein, und dreimal enthielten sie sich der Stimme. Auch daran beweist sich: Imperialistisches Gerede von den Menschenrechten ist nur Schall und Rauch.

V'-N'-Werner Flach
Hauptabteilungsleiter im Institut für
Internationale Politik und Wirtschaft der
DDR